

Verhungert

Inmitten eines Straßenbahnwagens. Gutgenährte, gutgekleidete Herren unterhalten sich über das Zentralproblem der Zeit: die Not. Man sieht ihnen an, daß sie in der besten aller Welten zu leben meinen, und es nimmt nicht weiter wunder, daß einer von ihnen, sein bisheriges soziales Gewissen sofort zum Schweigen bringend, meint: „In Berlin braucht niemand zu verhungern!“

Zeitungsnotiz:

„Gestern abend wurde eine Frau, die in Geschäften gebettelt hatte, in der Nähe des Kottbuser Damms festgenommen und nach dem Polizeirevier gebracht. Hier erkrankte die Frau, eine 55jährige Arbeiterin, Renate Schirmer, und starb unter den Händen des Arztes infolge Entkräftung.“

Eigentlich brauchte man dem nichts weiter hinzuzufügen. Jene latten, zufriedenen Herren werden aber einwenden: die alte Frau habe nicht nötig gehabt zu sterben, sie hätte ja die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen können. Und sie werden bestimmt meinen, es wäre nur ein Einzelfall.

Wir wissen nicht, ob die Verhungerte vor ihrem furchtbaren Ende sich an die städtischen Fürsorgestellen gewandt hat oder nicht. Vielleicht hatte sie es getan und das Unterstützungsgeld war ihr geflohen worden oder sie hatte es verloren, vielleicht war es auch zu gering, um damit einen bereits unterernährten Körper in Funktion erhalten zu können. Vielleicht hatte sie sich an das Wohlfahrtsamt nicht mehr gewandt, weil ihr das Warten, herumtrotzen und Bitten in Amtsstuben unerträglich war als das Treppensteigen und private Betteln. Wie es gekommen ist, wissen wir nicht. Aber die Tatsache steht fest, daß sie verhungert ist.

Und Tatsache ist es auch, daß es kein Einzelfall ist. Immer wieder flattert auf den Redaktionsstisch die kleine, inhaltschwere Notiz: Selbstmord aus Mangel an Nahrung. Die Selbstmordchronik der Großstadt hat einen erschreckenden Lauf genommen, und wenn es auch oft heißt: „Motive unbekannt“, man kann sicher sein, daß in vielen Fällen der Hunger den Menschen an den Gashahn trieb oder ihm den Strich im den Hals zwang — der Hunger oder die Angst vor dem Hunger und Verhungern, was im Grunde das gleiche ist.

Wir sind noch weit vom sozialen Staat entfernt. Noch beherrscht der, wie Müde es treffend formulierte, ins Unstittliche umgebogene Sozialismus, die Almselengeberei, das Feld des Elends, noch betäuben die oberen Schichten, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben, ihr Gewissen mit dem Gedanken an die beliedigenden sozialen Einrichtungen, über deren Unzulänglichkeit sie nichts hören wollen, ja, das bisherige sozialpolitische Erfolg der Menschen- und Gerechtigkeitsfreunde der Hartherzigkeit und dem Unverstand abringen konnten, ist ihnen schon zu viel.

Menschen sterben Hungers! Muß diese Tatsache nicht aufreißend wirken, muß die Scham nicht rot auf die Stirnen treten und heiß in die Herzen schlagen?

Fühlen die Satten oder Gewissenlosen nicht, daß sie den Grund zumanken bringen, auf dem sie stehen, wenn sie vor dieser Tatsache gleichmütig die Augen verschließen?

A. K.



Das abgestürzte Königsberger Wetterflugzeug
Die Insassen waren tot

Zuchthausurteile gegen Kommunisten

Weisser Terror in Südeuropa / Ein Flintenschuss geht im Gerichtssaal los

Budapest, 20. Dezember.

In den letzten Tagen fanden wieder eine Reihe von Massensitzungen gegen Kommunisten in den südeuropäischen Ländern statt. Gestern wurde in Budapest ein Moskauer-Prozess gegen 41 angelegte Kommunisten beendet, der drei Wochen lang unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden war. Die Beschuldigung lautete auf Gründung kommunistischer Organisationen und auf kommunistische Propaganda zum Zwecke des Umsturzes. Der Hauptangeklagte war der frühere Leiter des internationalen Telefonsystems in Moskau, Ferdinand Reich, der vor einiger Zeit nach Ungarn emigriert zum Zwecke der Verhaftung der kommunistischen Tätigkeit, zurückgekommen war. Er wurde

in 7-Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu vier bis zwanzig Monaten, ein Teil zu zwei bis vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Moskauer-Prozess findet auch in Sofia gegen 17 Kommunisten statt, die ebenfalls wegen Verführung angeklagt sind. Bei dem Prozeß kam es, wie auch bei dem ungarischen Prozeß, zu großen Stenbalken. Die Polizei mußte eingreifen.

Dabei ging im Solioter Gerichtshof sogar ein Flintenschuß, scheinbar unbeabsichtigt, los.

Der Prozeß muß in Abwesenheit der Angeklagten fortgeführt werden, die auf ihre Verteidigung und auf die Verteidiger verzichteten, weil die Staatsanwaltschaft ausschließlich Politgenossen als Zeugen hatte vorladen lassen. Auch die Jungen der Verteidigung lehnten es unter diesen Umständen ab, Zeugenschaft abzulegen. Sie wurden vom Gericht sofort zu zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt. Der Prozeß geht weiter. Auch in Estland ändern dieser Tage wieder ein kommunistischer Prozeß mit der Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnisstrafen von ein bis sieben Jahren. Es scheint, daß die eingeworfenen Fenster der südeuropäischen Gefängnisse in Berlin mit diesen Verurteilungen in Zusammenhang stehen.

Diktator wider Willen

Spaniens Premierminister-General spricht harte Töne über Demokratie

Paris, 20. Dezember.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer hat den seit einigen Tagen in Spanien wütenden Sonderberichterstattung des „Matin“ ein Interview gewährt, in dem er u. a. folgendes sagte:

„Man will mich als einen Diktator hinstellen; ich bin aber keiner.“

Ich bin vielmehr an die Macht gekommen, um den Zustand der Diktatur ein Ende zu machen. Wir können sehr sehr schnell auf die Wahlen zu, auf normale Wahlen, bei denen jede Partei ihre Stärke zeigen soll. Die Gesetze des gegenwärtigen Regimes werden sich ändern können, und man wird dann sehen können, ob sie wirklich so zuträglich sind, wie sie behaupten. In den Cortes werden sie alle Freiheiten, die Monarchie zugeworfen und Verfassungsänderungen vorschlagen. Sie können es aber nicht sehr eilig zu haben, zu den Wahlen zu gehen. Wenn die Volksbefragung verzögert wird, so ist das allein ihre Schuld und nicht die meine.“

Ich bin natürlich geneigt, die Ordnung wiederherzustellen und den Befreiungszustand zu verhindern, da die Truppen der empörenden und gefährlichen Revolutionäre an Werke waren. Ich habe eben eine Verordnung betr. die Wahlen erlassen, die die Wahlen erlassen, die sich in den Händen der Empörer befinden können, und ich muß natürlich, was mir sehr unangenehm ist, die Verantwortlichkeiten in den Zeitungen kontrollieren.

Ich kann Ihnen aber versichern, daß diese Sonderregime, das uns durch die Verletzung der letzten Tage aufgewungen worden ist, so schnell wie möglich abgeklärt wird.

Das spanische Volk liebt die Freiheit. Es hat mit großer Regelmäßigkeit das frühere Regime getragen. Wir werden ihm, sobald die elementare Ordnung sichergestellt ist, alle seine Rechte wieder zurückgeben.“

Der Sonderberichterstattung Sanchez bewirkt hier: „Wie man sieht, hat dieses Programm durchaus nichts Politisches an sich. Ohne Ehrgeiz, allein darum befragt, die ihm zurückerhaltene Aufgabe durchzuführen, hat General Berenguer seine sozialistische oder irgendwelche anderen Doktrinen. Nach seinen eigenen Worten hält er Recht. Diese Funktion ist nicht ohne Größe, noch Gefahr.“

Landbund-Abmarsch ins dritte Reich

Das Kabinett Brüning, dem bekanntlich der bisher entschiedenste Vorkämpfer der agrarischen Interessen, Herr Schiele, angehört, hat für die Landwirtschaft so viel getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrigbleibt.

Trotzdem ist der Landbund, die Kampforganisation der Landwirte, nicht zufrieden. Kaum ist eine Forderung erfüllt, stellt er neue auf. Sie gehen dabei so weit, daß selbst Herr Schiele, der doch gewiß viel für die Landwirtschaft übrig hat, allmählich angt und bange wird.

Noch dieser Tage waren die Vertreter der Agrarinteressen beim Reichspräsidenten und beim Reichsfürstentum, um hier neue Wünsche zu äußern, deren Erfüllung sie verlangen ohne Rücksicht darauf, daß die Gesamtinteressen des deutschen Volkes aufschlammte gefährdet werden.

Man begnügt sich in diesen Kreisen aber nicht mit vorläufigen wirtschaftlicher Art, sondern fordert die Regierung, wenn sie nicht variert, die politischen Dammenschräuben an.

So hat soeben in Völkeln der Hauptgeschäftsführer des Schieferischen Landbundes, ein Major a. D. Höber-Vreslau, dem gegenwärtigen System den Kampf bis aufs

Meffer angezündet und er hat zugleich gefordert, der Landbund müsse sich in die nationalsozialistische Front eingliedern.

Das ist der Lauf, den die Landwirtschaft dem Kabinett Brüning für seine über alles vernünftige Maß hinausgehenden Agrarmaßnahmen abtrotzt! Es tut der Reaktion jeden Gefallen, die also Begünstigten schänden aber zu seinen eritterten Feinden ab.

Ist es nicht endlich an der Zeit, daß Brüning das Steuer herumwirft oder, wenn er es nicht kann — daß die SPD, diesen unglücklichen Spielball der Reaktion treiben läßt?

Nächtlicher Krawall in der Weberstrasse

Zwei Schupobeame überfallen

In der letzten Nacht wurden vor dem Hause Weberstraße 5 zwei Schutzpolizisten, die ein Mitglied einer kommunistischen Klebetolonne festnehmen wollten, dabei von Verboten, die aus einem benachbarten Lokal Zugang erhielten, überfallen. Ein Beamter wurde zu Boden geschlagen und mit einem Dolch bedroht. Der am Boden liegende feuerte darauf einen Schuß auf seine Angreifer ab, von denen einer schwer verletzt wurde. Während ein Teil der Menge die Beamten in Schach hielt, brachten die übrigen den Verwundeten, der einen Bauchschuß erhalten hatte, ins Krankenhaus Friedrichshain, wo er später als der 25jährige Helmut Altmann festgestellt werden konnte.

An der Ecke der Gneisenau- und Schliemannstraße wurden zwei Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und zu Boden geschlagen. Beim Eintreffen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet.

Neuer Vizekönig von Indien

London, 20. Dezember.

Der bisherige Generalgouverneur von Kanada, Viscount Willingdon, ist als Nachfolger Lord Irwins zum Vizekönig von Indien ernannt worden. Lord Willingdon ist 64 Jahre alt. Von 1900 bis 1910 war er liberaler Abgeordneter, gehörte zwei Jahre lang dem Oberhaus an und wurde dann Gouverneur von Bombay. Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde er zum Gouverneur von Madras ernannt und verließ bis 1924 in Indien.



Der Goldmacher von Düsseldorf
Kurschilling wurde zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt

BVZ Funk

MÜNCHEN. Bei der Weihnachtsfeier der Augsburg Nationalsozialisten ist der katholische Pfarrer Dr. Häuser durch hervorgetreten, dass er die Feiertage nicht, die Rede vom „Völkischen Beobachter“ in grosser Aufmachung verurteilt wird. Infolgedessen hat der Bischof von Augsburg jetzt gegen Pfarrer Häuser ein Redeverbot erlassen.

KATTOWITZ. Der vor einigen Tagen in Königsberg verhaftete preussische Landtagsabgeordnete Tunkel von der Kommunistischen Partei wurde auf Befehl der Warschauer Regierung aus dem Gefängnis entlassen. Tunkel wurde sofort über die deutsche Grenze abgeschoben.

HAMBURG. Vor dem französischen und jugoslawischen Generalkonsulat in Hamburg sammelten sich in den gestrigen Abendsstunden radikalste Elemente, die ein Steinbombardement eröffneten und zahlreiche Fensterbeschäden verursachten.

GENÈVE. Der Bundesrat hat zwei französische Spionageagenten ausgewiesen, die in der Schweiz Landesangehörige für den französischen Nachrichtendienst angeworben und von ihnen gegen Bezahlung Mitteilungen über die Kriegsvorbereitungen eines fremden Mächts entgegengenommen haben.

PARIS. Wie der „Matin“ meldet, wird sich Poincaré sobald er reisefähig ist, nach dem Süden begeben, um dort vollkommene Heilung zu suchen. Die Abreise wird wahrscheinlich nicht vor einem Monat erfolgen können.

Feierschichten dekretiert

Diktatur der Reichsbahnverwaltung

Nachdem in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Einführung von Feiertagen bei der Reichsbahn keine Einigung erzielt worden ist, hat nunmehr die Hauptverwaltung der Reichsbahn von sich aus wöchentlich eine Feiertagsliste für die Arbeiter der Werksstätten und Bahnhöfe unterhalten angeordnet. Rund 100 000 Arbeiter werden von dieser Maßnahme betroffen. Die Gewerkschaften betrachten diese Anordnung als eine Umgehung des Tarifvertrages. Eine Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften nimmt gegenwärtig zu der durch die Anordnung geschaffenen Lage Stellung.

Stencern in Naturfalten

Der Kreisabschluss in Stencern gibt den Landwirten, die mit ihrer Steuerzahlung in Rückstand sind, die Möglichkeit, die Kreissteuern in Gegenständen ihrer Betriebe zu entrichten, für die Gutstücke ausgestellt werden. Die eingeleiteten Produkte werden zur Verringerung der Rot der Wohlfahrtsvereinsstellen verwendet.

Am Tisch der BVE-Schöffen

Dies brachte die siebente Schöffen-Sitzung:

Weihnachts-Probleme / Die Reichs-Versicherungs-Anstalt drückt ein Auge zu Doppel-Verdiener

Die Sitzung beginnt um sechs Uhr. Die unsern Lesern bereits bekannten Schöffen — Frau Michl, Frau Scheide und Herr Tempel — sind pünktlich zur Stelle. Von der Redaktion sind anwesend Herr Dr. Krüger und Herr Michaelis, vom Verlag Herr Dr. Königsberger.

Da es immer mehr auf Weihnachten zugeht, so befaßt man sich natürlich zuerst mit Fragen, die mit dem Fest im Zusammenhang stehen. Es kam gleich zu einer lebhaften Debatte über die Zweckmäßigkeit des frühen Ladenschlusses am Heiligabend. Die beiden Hausfrauen, Frau Michl und Frau Scheide, setzten sich sehr warm für den frühen Ladenschluss ein. Sie begründeten dies vor allem damit, daß man den Angestellten der Geschäfte dadurch ermöglichen, früher nach Hause zu kommen.

Herr Dr. Krüger schließt sich ihnen an, trotzdem er sich der Tatsache nicht verschließt, daß

schwerwiegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe

dagegen sprechen. Insbesondere die Kleinen in der Geschäftswelt hätten doch einen großen Ausfall durch den frühen Ladenschluss, denn es gäbe eine ganze Reihe von Kunden, die einfach nicht davon abstrinken würden, ihre Geschäfte im letzten Moment zu kaufen. Dies sei auch eine Gedränge. Man könne nichts kaufen, wenn man nicht über die nötigen Barmittel verfüge und, da viele Angestellten ihre Weihnachtsgeldentlohnung erst ganz kurz vor Weihnachten erhalten, so müßte man eben die auch Gelegenheitsgänger, die's Geld in Ware umzusetzen. Herr Dr. Krüger kommt dann aber doch am Schluß seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß man aus sozialen Rücksichten besser daran getan habe, den frühen Ladenschluss einzuführen, denn man müsse den Angestellten der Detailgeschäfte, die gerade vor dem Fest besonders schwer zu arbeiten hätten, den schlußendlich wie möglich freisetzen. Herr Tempel betrachtet die Angelegenheit mehr vom

Standpunkt des gewerblichen Arbeiters

aus. Er legt dar, daß viele Arbeiter das Bedürfnis hätten, vor den Feiertagen nach Betriebsabschluss erst noch ein paar Stunden gemütlich beisammen zu sein, sich erst mal bei einigen „Mollen“ etwas aufzufrischen, und daß die Frauen inzwischen zu Hause säßen und auf das Geld warteten. Die Einkäufer müßten dann häufig erst ganz kurz vor Ladenschluss getätigt werden, und wenn die Geschäfte früher zumachen, so könne es passieren, daß es eben keine Möglichkeit mehr zum Einkaufen gäbe.

Herr Dr. Königsberger ist gegen den frühen Ladenschluss, und zwar hauptsächlich wegen der kaufmännischen Angestellten, die in sehr vielen Betrieben am Heiligabend nicht früher frei bekämen und so keine Möglichkeit mehr hätten, noch Einkäufe zu tätigen. Gerade vor Weihnachten sei das Personal in sehr viel Betrieben besonders stark in Anspruch genommen. Man könne auch nicht so ohne weiteres sagen, daß die Leute genug Gelegenheit hätten, sich vorher einzubeden.

Der Hauptreiz an den Geschenken sei doch die Überraschung

und nicht jeder habe die Möglichkeit, die Weihnachtspakete so zu verpacken, daß der zu Befehende sich nicht schon vorher darüber informieren könne, was ihm zuerufen sei. Auch müsse man gerade den kleineren Geschäftsleuten in der heutigen schweren Zeit jede Möglichkeit lassen, die irgendwie dazu beitragen könne, den Umsatz zu heben. Viele Käufe, die vielleicht am Heiligabend noch gemacht werden würden, würden nachträglich

nicht mehr getätigt. Es seien einem immer im letzten Moment noch viele Dinge ein, die man beim Einkaufen vorher vergessen habe und die man gern noch für das Fest anschaffen möchte. In ihrer Gesamtheit bedeuteten alle diese Kleinigkeiten einen Millionenumsatz für die Geschäftswelt, und wir könnten es uns heute nicht leisten, darauf so ohne weiteres zu verzichten. Es sei natürlich bedauerlich, wenn das Personal der Detail-Geschäfte dadurch erst später am Heiligabend in den Familienkreis komme, aber man müsse von den Angestellten heute soviel Verständnis für die allgemeine Wirtschaftslage verlangen, daß sie auch einmal ein kleines Opfer brächten. Man könne ja auch dem

Personal der Betriebsbetriebe

und vieler anderer Unternehmungen und Behörden am Heiligabend nicht freisetzen, und der Detail-Verkauf müsse eben auch als Dienst an der Allgemeinheit aufgefaßt werden, der entsprechende Opfer fordere.

Man kommt dann auf das Wegfallen der Weihnachtsgeldentlohnung der Gewerkschaften zu sprechen. Herr Tempel erzählt, im vorigen Jahr habe es circa 15 Mark gegeben, jetzt habe er aber gehört, daß dieses Jahr nichts ausbezahlt werde. Man bedauert außerordentlich die dadurch noch trauriger gewordene Lage der Gewerkschaften und kommt in diesem Zusammenhang auch auf die Doppelverdiener zu sprechen. Sämtliche Schöffen führen Beispiele an, aus denen hervorgeht, daß noch sehr viele Doppelverdiener existieren.

Frau Scheide nennt z. B. den Fall einer Schuldnerin. Sie ist jetzt angeheiratet, ihr Mann geht arbeiten, ebenso ihr Sohn und ihre Tochter. Letztere ist ebenfalls noch verheiratet und ihr Mann verdient gleichfalls.

Viele andere Beispiele über eine Angelegenheit, die ihn selbst angeht. Der Fall liegt folgendermaßen: Sein früherer Arbeitgeber hat ihm die Beiträge für die

Angestellten-Versicherung

ein Jahr und 9 Monate lang abgezogen.

ohne die einbehaltenen Beträge an die Anstalt abzuführen. Nach seiner Entlassung habe er sich an die Versicherungsanstalt gewandt. Er sei dort in einen Auskunftsräum geführt worden. Zu dem maßgebenden Beamten könne man überhaupt nicht vordringen. Es wurde ihm dann mitgeteilt, die Firma habe sich laut Bericht des Revisors verpflichtet, innerhalb von 3 Jahren die zu wenig gezahlten Beiträge abzuführen. Der Auskunftsbeamte habe sich wörtlich geäußert: „So rigoros kann man nicht vorgehen.“ Er habe dann gefragt: „Wenn der Mann aber nicht bezahlt?“ Die Diskussion habe sich dann folgendermaßen entwickelt: „Wenn der Mann nicht bezahlt, dann steht uns ja das Fälligkeitsrecht zu.“ — „Wenn aber nichts mehr zum Fänden da ist?“ — „Wir sind schon imilde.“ Er sei wiederholt ischard geworden, aber alles habe nichts genutzt. Ein Wohlfahrtsvorsteher habe ihm gesagt, die Versicherungsanstalt mache sich mit strafbar, wenn sie derartige Zustände dulde. Ein Nachzahlungssystem bei einbehaltenen Versicherungsbeiträgen dürfe unter keinen Umständen gebilligt werden.

Frau Scheide erzählt nun, sie sei früher Lehrerin in einer Privatschule gewesen. Ihr sei es ähnlich gegangen. Die Anstaltsleiterin habe ihr auch die Angestelltenversicherung abgezogen, aber keine Marken gestellt. Erst, als sie mit einer Anzeige gedroht habe, sei es ihr möglich gewesen, die Vorleserin zur Auslieferung der Marke mit den gestellten Marken zu bewegen. Der Revisor dürfe auf keinen Fall Anmachungen mit der Firma treffen, das sei eine schwere Schädigung der Angestellten.

Herr Dr. Krüger rät Herrn Tempel, unbedingt nochmals zur Versicherung zu gehen. Er würde ihm nach Möglichkeit dabei unterstützen. Die Sitzung wird um 7 Uhr 20 Minuten geschlossen, nachdem man noch vorher die besten Wünsche für die Feiertage und das Jahr 1931 ausgesprochen hat.

BVE Wk

Der weite Kragen

Im Kaufhaus, Herrenwäschereibteilung. Ein Anabe erhebt und verlangt ein halbes Dutzend Herrenkragen.

„Welche Kragenweite?“ fragt die Verkäuferin. „Nummer dreißigfünfzig“, sagt der kleine Junge.

„Das wird wohl ein Irrtum sein“, meint die Verkäuferin. „Nummer dreißigfünfzig gibt es gar nicht. Für wen sollen die Kragen denn sein?“

„Für meinen Onkel!“

„So einen breiten Hals hat dein Onkel?“ fragt die Verkäuferin erlauth.

„Das nicht“ erwidert der Anabe. „Aber mein Onkel leidet an Größenwahn!“

„Kuhlige Wänter.“

Sie weiß Bescheid!

„Ach, Bescheid, ich bin ja so glücklich! Ich könnte die ganze Welt umarmen!“

„Nein, mein Schatz, jetzt, wo wir verlobt sind, mußt du mit diesen Jungelingsallüren aufhören!“

„Schweizer Ziniferer.“

Erstes Semester

Professor: „Lorenz, das das Licht mehrere hundert Jahre braucht, um zu uns zu kommen, sehen Sie, mein Fräulein, wie ungeheuer die Entfernung der Sterne bis zur Erde sein muß.“

Studentin: „Ja, ja, es ist eben das Dumme, daß sie sich bloß des Lichts scheinen, sonst würde es ja erheblich schneller gehen.“

„Ansatz.“

Versteckte Drohung

„Sons hat in der letzten Zeit des öfteren mit seinem Vater diese bezogen. Als man ihn endlich fragte, was er seinem Papa zu Weihnachten zu schenken gedächte, erwiderte er traurig:“

„Das weiß ich schon, was ich ihm geben möchte aber leider bin ich dazu noch nicht groß genug.“



Der Zahn der Zeit

Hubert und Ellen trafen sich nach zehn Jahren wieder. Man plauderte angereg. Einmal seufzte Ellen auf: „Weißt Du, Hubert, die Zeit trennt doch die besten Freunde.“ — „Stimmt“, pflichtet Hubert bei. „vor zehn Jahren waren wir beide einundzwanzig Jahre alt, heute bin ich einunddreißig — und Du zählst erst siebenundzwanzig Jahre!“

Verständlich

„Also ein ganzes Jahr, nachdem Ihr Nachbar Sie Rhinoseros genannt hat, kommen Sie auf den Gedanken, die Beleidigungslage einzurichten?“

„Ja, Herr Rechtsanwalt, ich habe nämlich gestern erst im Zoo zu ein Biß geliecht!“

Kinder von heute

Herr Steuerdiödar Steupelst ist im Kreise seiner Familie und sagt: „Sodt mal, Kinder, der Weihnachtsmann wird auch wahrscheinlich ein kleines Schwelcherchen oder Wübelwesen kriegen — daran erhebt sich Fräulein Steupelst, fasts Jahre alt, legt demonstrativ keinen Wöfel hin und sagt aufsehend: „Natürlich, Fräulein immer nur billige Sachen — — —“

„Einfach! Amus.“

Zeitmass

Ottomar fährt nach Monte Carlo. „Wie lange werden Sie denn dort bleiben?“ fragt ihn ein Bekannter.

„Na, so ungefähr vier- bis fünftausend Mark lang.“

Kommentar: Die Redaktion hat keine Verantwortung für die Meinungen der Leser. Druck und Verlag: Rudolf Möller, Berlin.

Das Zugaben-System

Ein Beitrag zum Thema: Preisabbau

Besonders zahlreiche Buttergeschäfte haben ein sogenanntes Sparsystem. Die Käufer erhalten auf bestimmte Artikel eine Spar- oder Wertmarke, auf eine Anzahl solcher Spar- oder Wertmarken oder auch Gutscheine genannt, gibt es dann die Zugabemerkung, aber auch Spielmarken u. a.

Gewisse Firmen geben auch für jeden Betrag einen Kassenbonn; für eine bestimmte Summe solcher Kassenbons erhalten die Käufer dann wieder die genannten Sparmarken. Es sind nicht nur große Firmen, die ein solches System eingeführt haben, nein, auch kleine Geschäftsinhaber, die von ihren Lieferanten die Zugaben usw. geliefert erhalten.

Ohne lange Verrede: alle diese Zugaben sind in den Verkaufspreisen einberechnet. Wollen die Geschäfte hierauf erwidern, es habe ein solches System den Umsatz, so sei hier — von Verbraucherseite — einwendet: wenn der Gewinn noch eine Zugabe auf die Preise verträgt, so soll man die Preise ermäßigen.

Billigste Preise, das ist heute die Forderung, das erhöht den Geschäftsumsatz. Abgesehen davon, ob ein Käufer für die Zugaben überhaupt ein Interesse hat, ist es auch fraglich, ob er es erwerblichen Gutscheine für die Zugaben erhalten bekommt; denn auch eine bestimmte Einzahlungspflicht ist in den meisten Fällen gegeben.

Auch für die Angestellten der Zugabengeschäfte ist das ganze System eine Mehrarbeit ohne Mehrbezahlung; auch von dieser Seite sollte ganz energig gefordert werden: keine Zugaben, keine Wertmarken usw. Dafür:

Preisabbau, niedrige Preise: das ist die beste Verkaufserfolge!

Ein weiterer wichtiger Punkt für Ablehnung des Zugabensystems gilt auch den Seiten der Spezialgeschäfte für Glas, Porzellan, Spielwaren u. a. m.; für die bedeuten die Zugaben eine nicht unerhebliche Gefahrenliste: weniger Umsatz, Personalverringern, gesteigerte Arbeitslosigkeit.

Nachweis ausgehend von der Forderung des Tages: Preisabbau, verlangen die Verbraucher Zurücknahme aller Zugabentitel, auch Rabattmarken usw. Dafür aber: Herabsetzung der Preise, daß sie eine wirkliche Senkung sind, dann können die Verbraucher mehr kaufen — der Umsatz steigt.

Ewald G.

ANTWORTEN

Mari B., Rabiner Straße, Eben Sie, bitte, die Eingangszeit in der nächsten Buchhülle als einzige auf. Beachten und benutzen Sie den Gutschein.

21. In Dresden wurde der Lusttag im Jahre 1890 am den Mittwoch vor Totensonntag verlegt.

22. Die Höhe der einmahligen Abfindung, ist gesetzlich nicht bestimmt, sondern wird von Fall zu Fall auf Antrag der Erben festgesetzt.

23. Die Eltern hat nicht das Recht, Sachen einzuschreiben, die einem anderen als dem Vater gehören. Haben Sie also den Betrag nicht mit unterschrieben, kann auch die Wirtin Ihre Sachen herausgeben, erst können Sie eine einseitige Verfügung beim Amtsgericht erwirken.

24. Die Eltern hat nicht das Recht, Sachen einzuschreiben, die einem anderen als dem Vater gehören. Haben Sie also den Betrag nicht mit unterschrieben, kann auch die Wirtin Ihre Sachen herausgeben, erst können Sie eine einseitige Verfügung beim Amtsgericht erwirken.